



Arbeitsmigranten in Sankt Petersburg – ein Überblick

O. Brednikova, O. Tkach

Zentrum für unabhängige Sozialforschung, Sankt Petersburg

Russland steht zurzeit auf Platz 2 der Staaten, die Migranten aufnehmen. 2008 lebten in Russland 12 Millionen Migranten (Platz 1 - die USA mit 38 Millionen). Eine der am weitesten verbreiteten Arten der Migration ist die Arbeitsmigration. Unter Arbeitsmigration versteht man den Aufenthalt einer Person in einem Staat, dessen Staatsangehörigkeit sie nicht besitzt, zum Zwecke der entlohnten Arbeit. Die meisten ausländischen Arbeitskräfte sind in Moskau, dem Moskauer Gebiet und in Sankt Petersburg tätig.

Zahlreiche Migranten wählen Sankt Petersburg als Arbeitsort - je größer eine Stadt, desto mehr Möglichkeiten, insbesondere Arbeitsplätze, bietet sie. In Sankt Petersburg finden Migranten Arbeit bei großen staatlichen und privaten Unternehmen (u.a. im Bau- und Transportgewerbe), kleinen Firmen (v.a. im Einzelhandel) und übernehmen Aufträge von Privatpersonen (Wohnungsrenovierungen, Hausbau, Hilfe im Haushalt, Kinderbetreuung, Alten- und Krankenpflege u.a.). Es gibt zahlreiche Nischen auf dem Arbeitsmarkt, in denen die Arbeitskraft der Migranten gefordert ist, was zu einem ständigen Zuzug führt.

Die ethnische Herkunft der Migranten ist sehr vielfältig. Dies führt in Großstädten zum Entstehen sozialer Netze, die sich auf eine ethnische Infrastruktur stützen, wie z.B. Cafés, Konzertorte und Diskotheken. Auch in Sankt Petersburg ist das soziale Netz der Migranten bereits weit verzweigt, jedoch haben sich die Communities noch nicht zu gesellschaftlichen Vereinigungen oder politischen Parteien zusammengeschlossen. Im Gegensatz zu Moskau gibt es in Sankt Petersburg noch keine Migranten-gewerkschaften.

Vorliegende Studie untersucht die Situation der Arbeitsmigranten in Sankt Petersburg. Wir haben es uns zur Aufgabe gestellt, den entsprechenden rechtlichen Kontext und die Politik der Stadtverwaltung, die Arbeitssituation der Gastarbeiter und ihre sozialen Lebensbedingungen und die nationalen Communities zu untersuchen. Hierbei gehen wir von Daten aus, die das Zentrum für unabhängige Sozi-

alforschung zwischen 2009 und 2011¹ erhoben hat. Die Erhebung erfolgte durch eine Befragung von Migranten per Fragebogen (quotierte Auswahl - 300 Personen), anthropologische Studien (Beobachtungen von Gastarbeitern zu Hause und am Arbeitsplatz, längere Gespräche – 25 Personen) und Befragungen von Experten (20 Interviews mit Beamten und Vertretern gesellschaftlicher Organisationen, Vertretern von ethnischen Gemeinden und Arbeitgebern).

Die meisten Arbeitsmigranten in Russland und Sankt Petersburg kommen aus den GUS-Staaten, mit denen Abkommen über den visafreien Reiseverkehr bestehen² (u.a. Aserbaidshan, Armenien, Belarus, Kasachstan, Kirgisien, Moldawien, Tadschikistan, Usbekistan, Ukraine).

Die meisten Arbeitsmigranten gehören der aktiven Altersgruppe an, was sich leicht durch das Ziel ihres Aufenthaltes erklären lässt. 64,7% der Befragten sind zwischen 25 und 44 Jahren alt, 17% zwischen 16 und 24 Jahren, 14,3 % zwischen 45 und 54 Jahren. Nur 0,4 % der Befragten sind älter als 55 Jahre alt. 69,2% der Befragten sind Männer, 30,8% Frauen (aktuelle Tendenz). Die Hälfte der Befragten hat eine mittlere Schulbildung (51%), weitere 8,0% lediglich einen Grundschulabschluss oder einen nicht abgeschlossenen mittleren Schulabschluss; 41% der Befragten haben einen erlernten Beruf, 22,7% Fachschulbildung und weitere 18,3% Hochschulbildung oder nicht abgeschlossene Hochschulbildung.

Im Weiteren sollen die Arbeits- und Lebensbedingungen der Gastarbeiter in Sankt Peterburg näher betrachtet werden.

Rechtlicher Kontext und Politik der Behörden

Die Reformen des russischen Migrationsrechts der vergangenen Jahre verfolgten das Ziel, die Arbeitsmigration weitestgehend zu legalisieren und in Übereinstimmung mit globalen Standards zu bringen. Russland verabschiedete mehrere neue Gesetze, die in erster Linie des Status der visafrei und zeitlich begrenzt aus GUS-Staaten einreisenden Migranten regeln und die Einholung von Arbeitsgenehmigungen und Aufenthaltsregistrierungen sowie das Verfahren zur Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer vereinfachen. Über Fragen der Ein- und Ausreise entscheiden mehrere Behörden ge-

¹ Projekt „Arbeitsmigranten in Sankt Petersburg: Bedürfnisse und soziale Förderung“ (im Rahmen des Projekts der Gemeinnützigen Wohltätigkeitsorganisation „Rotes Kreuz - Sankt Petersburger Zentrum für internationale Zusammenarbeit“), „Umfassende Maßnahmen zum Schutz der Rechte von Migranten und der Prävention des Menschenhandels in Sankt Petersburg“ (finanziert durch das 7. Rahmenprogramm der Europäischen Union) und „Arbeitsmigranten aus Zentralasien: Probleme und Gesundheitsrisiken“ (darunter HIV und andere Infektionskrankheiten) (finanziell gefördert durch dänische kirchliche Einrichtungen). Die Projekte wurden durch die Mitarbeiter des Unabhängigen Zentrums für Sozialforschung O. Brednikova, L. Ezhova, O. Tkach und E. Tchikadze realisiert.

² S. Ryazantsev. Arbeitsmigration unter den Bedingungen der Integration innerhalb des Euro-Asiatischen Wirtschaftsgebiets

meinschaftlich. Die aktuelle „Barrierepolitik“ sieht in erster Linie die jährliche Festlegung einer Quote für Arbeitsmigranten in Sankt Petersburg und dem Leningrader Gebiet vor, um einen unlimitierten Zustrom niedrig qualifizierter Gastarbeiter zu begrenzen. Die Vertreter der Behörden neigen in ihrer Mehrzahl zu der Vorstellung, Migranten aus Zentralasien würden eine Seuchen- oder soziale Gefahr darstellen. Die wichtigsten Instrumente der Prävention illegaler Migration sind Ausweisung und Abschiebung. Mit den Migranten selbst kommuniziert der Staat vornehmlich in Form des behördlichen Schriftwechsels, Alltagsprobleme werden nicht thematisiert.

Die Arbeitsmigranten treffen in Sankt Petersburg auf eine ganze Reihe von Problemen. Besonders problematisch ist das enorme Informationsdefizit. In der Regel sind die Migranten nur mangelhaft über ihre Rechte und Pflichten im Gastland informiert. Bei den Stadtbezirksabteilungen der Migrationsbehörde UFMS, den Komitees der Stadtverwaltung und den Bürgervereinen gibt es nur sehr wenige Informations- und Beratungsstellen, und die existierenden Anlaufstellen geben sehr mangelhaft Auskunft. Oft werden sie nur sporadisch im Rahmen kurzfristiger Kampagnen tätig. Der Informationsmangel erschwert den Migranten die Legalisierung ihres Aufenthaltsstatus, macht die Behördengänge zeit- und geldaufwändig und die Legalisierung manchmal unmöglich. Die zuständigen Behörden sind technisch schlecht ausgestattet und können die Migranten nicht schnell genug abfertigen. Auch der Mangel an Dolmetschern erschwert den Kommunikationsprozess.

Ein weiteres wichtiges Problem ist der mangelnde rechtliche Schutz. Im Gegensatz zu den Ausländern, die per Visum einreisen, und den der Kategorie der „Experten“ zugeordneten Migranten haben die visafrei einreisenden Migranten oft keine einladende Firma oder Person, die verpflichtet wäre, ihre Rechte zu garantieren. Oft gehen die Migranten illegale Arbeitsverhältnisse ein. Auch Einheimische arbeiten ohne Vertrag, jedoch sind sie durch ihr soziales Netz abgesichert. Illegal arbeitende Migranten haben keinerlei Sicherheitsnetz und sind so die schwächste Bevölkerungsgruppe. Selbst wenn ihre Papiere in Ordnung sind, garantiert das nicht die Einhaltung ihrer elementaren Rechte (Arbeitsrecht, Sozialrecht), was nicht nur an der mangelnden Kenntnis der Arbeitgeber liegt, sondern auch an deren Bestreben, an Krankenversicherung oder Arbeitsschutz zu sparen.

So beschränkt sich der Staat lediglich auf die Registrierung und Kontrolle der Migranten und tritt mit ihnen nur am „Eingang“ und „Ausgang“ in Kontakt. Um den Rest – von der Legalisierung des Aufenthaltsstatus bis zur Unterbringung, kümmern sich die Arbeitgeber, die jedoch oft genug nicht ausgesprochen gesetzestreu sind. Der Staat ignoriert nicht nur seine soziale Verantwortung, er baut auch keinen direkten Kontakt zum Arbeitgeber auf, so dass die Kette „Staat– Arbeitgeber- Migrant“ nicht funktioniert.

Arbeit

Nach Angaben der Migrationsbehörde UMFS für Sankt Petersburg arbeiteten in Sankt Petersburg und dem Leningrader Gebiet im Juni 2011 in folgenden Branchen Migranten: 36,1% - Dienstleistungen, 18,3% - Bau, 11,6% - Handel, 6,3% - Transport und Kommunikation, Rest - andere. In der Regel werden die Gastarbeiter (außer im Transportgewerbe) ungeachtet der in ihrem Heimatland erworbenen Ausbildung für unqualifizierte körperliche Tätigkeiten eingesetzt.

Bisher war die Nachfrage auf dem Sankt Petersburger Arbeitsmarkt (ebenso wie russlandweit) nach schwerer körperlicher, „männlicher“ Arbeit besonders groß. Doch der Markt bietet immer mehr „weibliche“ Tätigkeiten – Hilfe im Haushalt, Babysitten, Alten- und Krankenpflege u.a. Aus diesem Grund ist in nächster Zukunft ein Anstieg der weiblichen Migration zu erwarten.

Umfragen zufolge haben 80% der Gastarbeiter nur einen Arbeitsplatz. Eine genauere Untersuchung mit anthropologischen Methoden (Beobachtung und Interviews) zeigt jedoch, dass die meisten legalen und der überwiegende Teil der illegalen Migranten zwei bis drei Arbeitsverhältnisse haben. Ihre arbeitsfreie Zeit (Schichtdienst, 8-Stunden-Arbeitstag), die Wochenenden und Feiertage werden für zusätzliche Beschäftigungen genutzt. Dies wird am Beispiel von Frau G. aus Usbekistan (53 Jahre, Witwe, lebt mit ihrem 18-jährigen Sohn in Sankt Petersburg) deutlich: tagsüber arbeitet sie als Hausmeisterin, nachts am Fließband in einer Großbäckerei. Seit einiger Zeit arbeitet sie außerdem als Babysitterin bei ihrer Vorgesetzten in der Hausverwaltung.

Unsere Untersuchungen ergaben außerdem, dass die Gastarbeiter ihren Arbeitsplatz relativ oft wechseln – ungefähr ein bis zwei Mal im Jahr. Dies ist in erster Linie darauf zurückzuführen, dass billige Arbeitskräfte vor allem für Saisonarbeiten eingestellt werden. Allerdings folgen Migranten bei der Wahl ihrer Arbeitsstellen unterschiedlichen Prinzipien. Oft lehnen sie mehr oder weniger stabile Arbeiten zugunsten besser bezahlter, wenn auch zeitlich begrenzter Aufträge ab.

Gehalt

Über die Gehälter der Gastarbeiter wird ebenso wenig gern gesprochen wie über die Legalität ihres Aufenthaltsstatus¹. Will man den Angaben der Umfragen Glauben schenken, verdienen ein Drittel der Befragten, 29,1% - 10 bis 15 Tausend Rubel pro Monat, 30,1% - 15 bis 20 Tausend Rubel pro Monat. Etwas weniger, 17,0%, verdienen 20 bis 25 Tausend Rubel, weitere 8,7% - 25 bis 30 Tausend Rubel, was dem Durchschnittslohn für Sankt Petersburg entspricht. Nur 5,2% verdienen über 30 Tausend Rubel im Monat. 8,0% der Befragten antworteten jedoch, dass sie weniger als 10 Tausend Rubel im

Monat verdienen. Weitere 2,1% beantworteten die Frage nicht. Somit verdienen 37,1% weniger als 15 Tausend Rubel, über ein Drittel der Befragten gehört also zu den Niedrigverdienern.

Für die Bewertung des Lebensstandards dieser Bevölkerungsgruppe muss die Struktur ihrer Ausgaben gesondert betrachtet werden. Die Gastarbeiter kommen nach Sankt Petersburg, um Geld zu verdienen, das sie nach Hause schicken oder für Hochzeit oder Wohnungskauf in der Heimat zurücklegen. Alle anderen Ausgaben – so auch für Unterkunft oder Lebensmittel – werden so niedrig wie möglich gehalten. In der Regel empfinden die Migranten ihr Leben im Ausland als einen temporären Zustand, deshalb erwerben sie keine Haushaltsgegenstände oder Haushaltsgeräte, auch für Kleidung wird sehr wenig Geld ausgegeben.

Verletzung von Arbeitsrechten

Sehr häufig kommt es zur Verletzungen der Arbeitsrechte der Gastarbeiter, was vor allem auf ihren oft nicht eindeutigen legalen Status, ihre Unkenntnis der eigenen Rechte und Verteidigungsmöglichkeiten zurückzuführen ist. Die meisten Arbeitsrechtsverletzungen betreffen Gehaltszahlungen. 25,3% der Befragten berichteten über eine nicht rechtzeitige Auszahlung des Gehalts, 21,3% über Strafabzüge; 16,3% über unvollständige Gehaltszahlungen; 15,0% über die Verweigerung von Krankengeld, 12,0% über einen Zwang zur Arbeit an Wochenend- und Feiertagen ohne doppelte Bezahlung; 11,3% über angeordnete Überstunden ohne Zuschlag.

Arbeitszeiten und Urlaubsregelungen werden ebenfalls häufig verletzt. 24,7% der Befragten erhalten keinen bezahlten Urlaub, eine Abreise zieht in den meisten Fällen automatisch die Entlassung nach sich. 26,0% der Befragten bekommen zwei freie Tage pro Woche, 22,2% einen, 15,6% haben wechselnde Arbeitszeiten, 12,2% arbeiten, „solange Arbeit da ist“. Arbeit ohne freie Tage oder mit nur einem freien Tag pro Woche (ohne klar definierte betriebsbedingte Notwendigkeit) und unregelmäßige Arbeitszeiten stellen eine Verletzung des Arbeitsrechts der RF dar, welches festlegt, dass dem Mitarbeiter alle Bedingungen für Arbeit und Erholung geboten werden müssen. Zu den Pflichten des Arbeitgebers gehört auch die Gewährleistung eines regelmäßigen Produktionszyklus, der für die Auslastung des Mitarbeiters notwendig ist. Somit werden die Arbeitsrechte von 56,6% der Befragten verletzt, also über der Hälfte.

Rolle des Arbeitgebers

Der Arbeitgeber spielt eine besondere Rolle im Leben jedes Arbeitsmigranten, die sich bei Weitem nicht auf das Arbeitsleben beschränkt. Das Gesetz sieht vor, dass der Arbeitgeber auch für das soziale Wohl seines „Anbefohlenen“ verantwortlich ist – er muss sich um den legalen Aufenthaltsstatus seines Mitarbeiters, seine Registrierung und die Krankenversicherung kümmern, ihn mit Wohnraum

versorgen etc. Somit sind das Wohlergehen und die soziale Stabilität des Migranten weitgehend vom guten Willen und der Gesetzestreue seines Arbeitgebers abhängig. Deshalb sprechen unsere Informanten in den Gesprächen lange und ausführlich über ihren Arbeitgeber und bezeichnen ihn als ihren „Herrn“, zu dem sie eine gute persönliche Beziehung pflegen müssen. Unsere Untersuchungen zeigten, dass eine informelle, persönliche Beziehung zum Arbeitgeber den Migranten einerseits eine gewisse Stabilität garantiert, sie andererseits in eine enge Abhängigkeit vom Arbeitgeber führt. Was dazu führt, dass der Arbeitgeber, sozusagen als Ausgleich für die sozialen Garantien, seine Rechte sehr weit auslegen kann. Dies wird am Beispiel eines unserer Informantenpaare deutlich. Die Eheleute aus Kirgistan arbeiten als Hausmeister und Putzfrau in einem großen Autohaus. Der Arbeitgeber gestattet es ihnen, die Kinder mit zur Arbeit zu bringen. Im Gegenzug sehen sie Bitten des Arbeitgebers, bei ihm zu Hause die Fenster zu putzen, Einkäufe oder andere private Aufträge zu erledigen, als einen normalen Bestandteil ihres Arbeitsverhältnisses an.

Soziales

Wohnraum

Das Wohnungsproblem ist eines der größten Probleme für Migranten. In Sankt Petersburg gibt es praktisch keine Sozialwohnungen, die sparsam ausgestattet, aber – was für Gastarbeiter das Wichtigste ist - günstig wären. Zurzeit werden Gebäude, die früher von Unternehmen und Behörden als Wohnheime genutzt wurden, zu Sozialwohnungen umgebaut. Im Rahmen eines Projekts der Stadt werden ältere Gebäude zu Mietshäusern umgebaut, die in Zukunft ausschließlich von Migranten bewohnt werden sollen. Zwei dieser Häuser wurden bereits eröffnet, weitere 48 sollen in nächster Zeit folgen. Die Mietshäuser, in denen ausschließlich Alleinstehende untergebracht werden sollen, werden, wie in Wohnheimen üblich, mit Gemeinschaftsküchen und Wäschereien ausgestattet sein.

Oft nehmen die Arbeitgeber die Unterbringung selbst in die Hand. Baufirmen bringen ihre Mitarbeiter oft je nach Legalitätsstatus in durchaus zivilisierten Wohnheimen oder unterschiedlich ausgestatteten Wohncontainern neben oder direkt auf der Baustelle unter. Migranten, die mit Renovierungsarbeiten beschäftigt sind, wohnen oft direkt an ihrem Arbeitsort und empfinden das als normal und bequem.

Migranten mieten Zimmer in Gemeinschaftswohnungen oder einzelne Wohnungen. Aufgrund ihrer ausgeprägten Sparziele bilden sie jedoch auch in den Einzelwohnungen schnell Wohngemeinschaften. Fast alle unsere Informanten teilen sich ein Zimmer mit zwei, drei oder gar vier weiteren Personen. Hier werden auch die Marktwaren - Gemüse und Kräuter - gelagert. Während unserer Besuche sahen wir Häuser, deren Eingänge und Treppenhäuser einen baufälligen und seit langem unbewohnten

Eindruck machen, deren Wohnungen jedoch dicht mit Migranten besiedelt sind. Wer sich auf diese Weise bereichert, indem er Migranten in Abrisshäusern unterbringt, konnten wir nicht in Erfahrung bringen.

Unsere Umfrage ergab, dass 70% der Gastarbeiter nicht an ihrem Meldeort wohnen.

Krankenversorgung

Ein weiteres Problem für die Migranten ist die medizinische Versorgung. Das Gesetz sieht vor, dass Gastarbeiter bei Arbeitsaufnahme unter anderem eine freiwillige Krankenversicherung vorlegen müssen. Die Frage der Krankenversicherung wurde jedoch praktisch in die Zuständigkeit der Arbeitgeber verlagert, die ihre Mitarbeiter versichern müssen. Um Mittel zu sparen, werden in der Regel die günstigsten Versicherungspakete mit sehr geringen Leistungen abgeschlossen, die meist nur ambulante Behandlungen bei wenigen Fachärzten absichern. Da die Zahl der illegalen Migranten jedoch sehr hoch ist, haben sehr viele Gastarbeiter gar keine Krankenversicherung und müssen jede medizinische Behandlung direkt und in bar bezahlen. Diese Personengruppe lebt nach der Losung „Ich kann es mir nicht leisten, krank zu werden“. Dem widerspricht die Tatsache, dass Erkrankungen sehr häufig sind. Viele Migranten berichteten uns von ständigen Erkältungen, hervorgerufen durch das ungewohnte Klima, oder auch Wiederaufflammen chronischer Erkrankungen aufgrund der schweren körperlichen Arbeit. Experten beobachten einen jährlichen Anstieg von Erkrankungen an Tuberkulose, Geschlechtskrankheiten und anderen Krankheitsbildern bei Migranten. In schweren Fällen fahren die Migranten selbst nach Hause oder werden in ihre Heimat deportiert.

Kindergärten und Schulen

Die Zahl der Migranten, die mit ihren Familien und Kindern in Sankt Petersburg leben, wächst ständig. In diesem Zusammenhang verschärft sich das Problem der Unterbringung der Kinder in Kindergärten und Schulen. Migranten, die offiziell gemeldet sind, haben ein Recht darauf, ihre Kinder in staatliche Kindergärten und Schulen zu schicken. Dies ist bei dem allgemeinen Mangel an Kindergartenplätzen jedoch schwer zu bewerkstelligen. Die Migrantenfamilien wechseln Arbeitsstelle und Wohnort relativ häufig. Es gelingt ihnen nicht, sesshaft zu werden, was es schwierig macht, die Kinder in Kindergärten unterzubringen und regelmäßig die Schule besuchen zu lassen. Wir haben Familien kennengelernt, deren Kinder noch nie zur Schule gegangen sind. Hierbei ist zu bemerken, dass das Schulsystem in Sankt Petersburg durchaus auf die Integration von Migrantenkindern eingerichtet ist. Es gibt mehrere staatliche Förderprogramme für Migranten. Bei Gastarbeiterfamilien, die dieses Angebot nicht nutzen, überwiegt offensichtlich die Angst vor jeglicher staatlichen Einrichtung. Ein weiterer Grund sind

mangelnde Russischkenntnisse und die Tatsache, dass die Migranten nicht über die Angebote informiert sind.

Migrantcommunities

Angesichts der akuten Rechtsunsicherheit, ständiger Gesetzesänderungen, institutioneller Diskriminierung (Ausschluss der Migranten aus Förderprogrammen und -einrichtungen) und der Fremdenfeindlichkeit im Alltag spielen soziale Netze eine wichtige Rolle für alle Migranten. Die Communities in Sankt Petersburg und ganz Russland funktionieren wie erweiterte soziale Netze.

Die Migranten bringen ihre sozialen Netze im Prinzip schon aus ihrer Heimat mit. Ihre ersten Kontakte in Russland sind Verwandte oder Bekannte, oft kommen sie nicht allein, sondern in Gruppen. In Russland erweitern sie ihren Bekanntenkreis, Arbeitskollegen, Nachbarn und Landsleute kommen hinzu. Auf diese Weise öffnen sich die Netze und erweitern sich über verwandtschaftliche, landsmannschaftliche oder sogar ethnische Kriterien hinaus.

Zu Beginn des Aufenthalts haben die Netze vorrangig eine unterstützende und solidarische Funktion: die Neuankömmlinge werden untergebracht (oft in der eigenen Wohnung), man besorgt ihnen Arbeit (häufig bereits vor ihrer Ankunft), ihnen wird mit den Registrierungsdokumenten geholfen. Die Netze erfüllen von Beginn an ebenfalls eine Informationsfunktion, doch mit der Zeit, nachdem der Migrant sich in Russland eingelebt und an seine neue Situation gewöhnt hat, wird die Informationsfunktion immer wichtiger. In der Regel haben Migranten keine andere Möglichkeit, sich zu informieren, als in ihrem eigenen sozialen Netz. Über die Netze werden Informationen verbreitet, die speziell auf die Bedürfnisse und die Besonderheiten der Wahrnehmung der Migranten ausgerichtet sind. Obwohl die Netze für die Anpassung der Neuankömmlinge an die neuen Lebensbedingungen sehr wichtig sind, haben sie auch negative Effekte. Zum Beispiel wird den Informationen aus den sozialen Netzen oft leichtfertig vertraut, obwohl es häufig Betrugsfälle auch zwischen Landsleuten gibt und Mitglieder des eigenen Netzes oft für persönliche Zwecke missbraucht werden.

Zurzeit beobachten wir eine Formalisierung der Migrantennetze. Obwohl oft unterschiedliche Ziele und Zielgruppen angegeben werden, bieten alle Organisationen und Vereine im Prinzip identische Leistungen an. Sie beraten Migranten, unterstützen sie bei der Beantragung neuer Pässe bei Passverlust (dafür müssen sie die Migranten nach Moskau bringen), helfen ihnen bei der Registrierung, der Arbeits- und Wohnungssuche, organisieren Konzerte und abendliche Treffen, verkaufen Flugtickets, helfen in Notsituationen. Vereine übernehmen die Funktion sozialer Netze, deren Organisatoren und Aktivisten werden in das Vereinsleben eingebunden. Viele Aktivisten arbeiten in zahlreichen Vereinen mit, dadurch erweitern sie ihren Aktionsradius und vernetzen die einzelnen Netze miteinander.

Von einer Segregation der Migranten in Wohnquartieren kann nicht gesprochen werden. Die räumliche Trennung erschwert das Leben in Communities, doch unsere Untersuchungen zeigen, dass innerhalb der sozialen Netze intensiv per Handy kommuniziert wird. Fast jeder unserer Informanten besitzt mindestens ein Mobiltelefon mit einer langen Liste von Kontakten. Im Prinzip sind dies eigene dokumentierte soziale Netze, die die Communities funktionsfähig halten und ohne den Mobilfunk nicht vorstellbar wären.

Jede Community braucht ihre eigene Infrastruktur. Zahlreiche russische Studien zeigen, dass es noch vor sieben bis zehn Jahren keine auf die Migranten ausgerichtete Infrastruktur gab. Heutige Untersuchungen belegen, dass sich in Sankt Petersburg eine Infrastruktur entwickelt, die sich vor allem auf Begegnungsorte stützt. Vereine werden gegründet, Cafés und Clubs eröffnet, es entstehen Hotels und Wohnheime, Friseursalons, Autowerkstätten etc.. Man kann bereits von einer „Parallelwelt“ sprechen, die dem Auge des Nichteingeweihten und nicht Dazugehörenden verborgen ist. Ein Café ohne Aushang findet nur derjenige, der von seiner Existenz weiß, und von einem Konzert mit kirgisischen oder usbekischen Künstlern erfährt man nur auf Einladung. Dies führt zu einer Gefahr der Abgrenzung und Segregation, was die fremdenfeindliche Einstellung der Einheimischen im Alltag verstärken kann.